

Fazit der Leitbildkampagne der Linkspartei bzw. LINKEN Brandenburg

Inhalt

Teil I

1. Thomas Nord
„Mit einem neuen Leitbild für das Land von der Linkspartei zur LINKEN“ 2
2. Kerstin Kaiser
„Ein neuer Brandenburger Weg“ 5
3. Maria Strauß
„Von der innerparteilichen Debatte zur Straßenaktion“ 8
4. Sascha Krämer
„Im Dialog mit neuen Partnern – Ein Projekt der Öffnung“ 11
5. Reiner Strutz
“Das Leitbild der LINKEN – im Spiegel der Medien“
15
6. Matthias Osterburg
„Die Leitbild-Kampagne Wahlkampf oder was?“ 19
7. Thomas Domres
„Ausblick – wie weiter mit dem Leitbild?“ 22

Teil II

8. Dokumentation in Auszügen
Veranstaltungsübersicht, Presseerklärungen, Presseberichte

„Wozu benötigen wir ein Leitbild für Brandenburg? Ist es angesichts von Sparzwängen und Globalisierungsfallen vermessen, wenn nicht gar unsinnig, sich Gedanken über die Zukunft unseres Gemeinwesens zu machen? Wenn Politik heute kaum die täglichen Nöte in den Griff bekommt, was soll dann eine Vision von dem, was dieses Land in 15 oder 20 Jahren sein kann?“ Mit diesen Fragen haben wir im Jahr 2006 begonnen, eine Kampagne ins Leben zu rufen, die uns über knapp anderthalb Jahre begleitet hat.

Zuvor war von der Regierung dieses Landes ein Leitbild vorgestellt worden, das aus unserer Sicht den Erfordernissen der Zeit nicht entsprach. Dem wollten wir ein Leitbild für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg entgegen stellen. Für unser Leitbild sollten nicht schöne Worte und technokratischen Floskeln genügen, mit denen ein Idealzustand beschrieben wird, ohne nach dem Woher und Wohin zu fragen. Wir wollten uns einen realistischen Blick auf den Zustand unseres Landes sowie auf die Potenziale und Risiken künftiger Entwicklungen bewahren.

Dabei war es uns wichtig, dass sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger mit ihren Lebensleistungen, Problemsichten, Wertvorstellungen und Ideen in unserem Leitbild wieder finden. Unser Leitbild sollte den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Anlass für Debatte sein über eine Vision für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg. Wichtig war uns der breite öffentliche Diskurs über unsere Ideen, die wir als Grundlage für eine verantwortungsvolle Politik in unserem Land ansehen.

Die Brandenburger Linkspartei hat daher im Oktober 2006 auf einem Landesparteitag beschlossen, die kommenden Monate zu nutzen, um mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern das von der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS vorgelegte Leitbild für unser Land zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Der Landesverband hat sich dieses Anliegen zur Hauptaufgabe seiner Arbeit gemacht und damit in der Zeit der Parteineubildung einen klaren inhaltlichen Schwerpunkt gesetzt. Die damit initiierte Kampagne sollte mehreren Zielen dienen:

1. Wir wollten klar zeigen, dass es eine bessere Alternative zum Konzept der Landesregierung gibt.
2. Die inhaltliche Debatte sollte helfen, eine landespolitische Identität der neuen Linkspartei zu finden und die Mitglieder von Linkspartei und WASG mobilisieren.
3. Die Kampagne sollte gleichzeitig dazu dienen, uns inhaltlich und personell für die Wahljahre 2008 und 2009 vorzubereiten.
4. Zugleich sollten politische Akteure und Multiplikatoren im Land mobilisiert und eingebunden werden

Diese Ziele mit einer konsequent auf den Dialog setzenden Kampagne zu erreichen, schien uns realistisch, denn der Zeitpunkt dafür schien günstig. Das Land und die politisch Interessierten schienen geradezu nach einer realistischen Alternative zur Politik der Großen Koalition im Land zu suchen. Mit unserer Kampagne wollten wir daher an die Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburg anknüpfen. Sie sollten emotional angesprochen werden. Ihre Enttäuschung und Resignation über die herrschende Politik einerseits und der gleichzeitig vorhandene Wille, sich andererseits mit ihren Ideen einbringen zu wollen, sollte für uns Anknüpfungspunkt sein.

Auch wenn wir längst nicht jeden Stammtisch im Land erreicht haben, nicht wenige politische Multiplikatoren Brandenburgs haben wir mit unserer Kampagne genau dort abgeholt. Es ist uns gelungen zu zeigen:

- Ideen und Engagement werden gebraucht.
- Wir kümmern uns um die Menschen in Brandenburg und haben das Land nicht aufgegeben.
- Bei uns kann man sich einbringen, es lohnt sich.

Unsere Debatte haben wir versucht, mit Leidenschaft zu führen. Sie sollte konkrete Probleme ansprechen, zur Diskussion anstacheln, die Bürgerinnen und Bürger wach rütteln. Im Parteitagsbeschluss hieß es dazu „*Wir tun dies aus Verantwortung für dieses Land und weil wir an die Potentiale Brandenburgs glauben.*“ Gelernt haben wir im Verlauf der Kampagne, dass genau diese Leidenschaft und Konkretheit manchmal in der Politik sehr schwer zu vermitteln ist, obwohl sie zugleich der Schlüssel zu den Menschen ist. Dort wo wir konkret wurden – sei es bei der Frage um den neuen Zuschnitt von Regionen in Brandenburg – oder wo es emotional hoch herging – beispielsweise bei der Frage der Zukunft der Braunkohle im Land – dort gelang es uns wirklich zu mobilisieren. So hat uns die Energiepolitische Konferenz nicht nur innerparteilich aufgewühlt, sie war auch eine der am besten besuchten Veranstaltungen, vor allem auch durch einen großen Zuspruch externer Gäste

Zugleich haben wir gerade damit auch gezeigt, unsere Diskussion braucht die Mitarbeit der Bürgerinnen Bürger und ist im Unterschied zur Landesregierung ein **ernst gemeintes** Angebot. Sie können bei uns ihre politischen Vorstellungen einbringen. Wir wollen, dass sich Gewerkschafter einbringen. Wir wollen, dass *mehr* Lehrerinnen und Lehrer mit uns ins Gespräch über eine gute Bildungspolitik im Land kommen. Wir wollen, dass Verwaltungswissenschaftler Ideen einbringen, wie effektive und bürgernahe Strukturen aussehen könnten. Wir wollen, dass sich Ärzte mit ihren Vorstellungen einbringen, um die Probleme in strukturschwache Regionen anzupacken. Wir wollen, dass Unternehmer Ideen für neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze einbringen. Keine Schreibtisch-Politik: das ist unsere Devise.

Parallel dazu haben wir auch im Land Brandenburg die Partieneugründung der LINKEN vollzogen. Was zunächst nach einer enormen Doppelbelastung für alle Beteiligten aussah, hat sich als erfolgreich erwiesen.

Der Fusionsprozess von Linkspartei und WASG bot zugleich die Chance, eine neue inhaltliche Basis zu diskutieren. Wir haben nicht einfach auf der Grundlage des PDS- oder WASG-Programms weiter gemacht, sondern in einem Diskussionsprozess etwas Neues und Gemeinsames geschaffen. Zugleich haben wir die Chance der stärkeren öffentlichen Wahrnehmung genutzt, uns mit politischen Inhalten zu profilieren.

Mit dem wachsenden Einfluss der Linkspartei in Land und Bund hat sich außerdem gezeigt, dass auch die Anforderungen an unsere Inhalte und an die Qualität und Quantität unseres Personals steigen. Dem haben wir mit der Kampagne Rechnung getragen. Wir haben unseren inhaltlichen Anspruch formuliert, Ideen und Lösungsvorschläge für die kommenden Jahre erarbeitet und zugleich programmatische Vorarbeit für die kommenden Wahlkämpfe geleistet. Und wir haben mit unserer Kampagne potentielle Mitstreiter angesprochen. Jene kleine, aber feine Gruppe von Multiplikatoren im Land, die sich mit eigenen Ideen einbringen möchte und bisher keine politischen Partner fand, hat nun eine Alternative.

Wir haben die Tür für die Kommunal- und Landtagswahlen aufgestoßen. Jetzt gilt es, die neuen Mitstreiter einzuladen, einzubinden und mit ihnen gemeinsam, Brandenburg voran zu bringen. Denn die gegenwärtige Regierung hat keine Vision für die Menschen dieses Landes. Mit unserem Leitbild und unseren Erfahrungen aus dem Dialog mit den Bürgerinnen und

Bürgern darüber haben wir nun eine Vision für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg.

Die hier vorliegende Broschüre soll zeigen, wie wir diese „Vorwahl“-Kampagne geführt haben. Sie soll ein Stück Bilanz sein und zur Nachahmung einladen. Unser Fazit ist ein positives. Wir haben vieles erreicht. Die Konzentration unserer Kräfte und Mittel auf dieses Thema in den vergangenen zwei Jahren hat sich gelohnt. Wir haben nicht nur eine Perspektive für unsere Heimat Brandenburg erarbeitet, wir haben zugleich die LINKE in Brandenburg ein Stück weit stärker gemacht. Die Erfahrungen dieser Kampagne, die guten und die schlechten, werden uns helfen, die kommenden Herausforderungen anzugehen.

In einer Hinsicht war 2007 ein richtig gutes Jahr: Aus PDS und WASG wurde endgültig DIE LINKE – und in Bund wie Land setzte sie die konkurrierenden Parteien erheblich unter Druck. So stark, das bundesweit über einen Linksruck in Deutschland, über einen Linksruck bei SPD und Grünen und sogar der CDU gesprochen wird.

In Brandenburg geht es um ein Leitbild für die Zukunft des Landes – und mit ihrem Entwurf und ihrer landesweiten Debatte dazu hält DIE LINKE die Initiative in der Hand. Landtagsabgeordnete und kommunale Verantwortungsträger, Wissenschaftler aus den uns begleitenden Instituten und andere Experten, Parteimitglieder und engagierte Bürgerinnen und Bürger trafen zusammen und diskutierten; regionale, organisatorische und manchmal auch ideologische Grenzen wurden überwunden. Eine neue politische Kultur wurden erkennbar; linke Programmatik und realistische, finanzierbare Politik fanden zusammen – vielleicht ein Ansatz für einen neuen Brandenburger Weg.

Es geht uns um ein solidarisches Brandenburg, das regional vielfältig, zukunftsorientiert und europäisch ist. Ein Brandenburg, in dem die gerechte Teilhabe aller in allen Teilen des Landes, ob in Perleberg oder Potsdam, in Glambeck oder Cottbus, gesichert ist und nicht unter dem Banner von Effizienz, Metropole und Benchmarking beständig ausgehöhlt wird. Vor allem setzt dieses Leitbild auf die Menschen in diesem Lande, die immer wieder unter Beweis gestellt haben, dass sie unter schwierigen Bedingungen Großes für „Unsere Heimat“ leisten.

Leider – und das ist die Kehrseite beim Rückblick auf 2007 – sind immer noch viel zu viele von der Möglichkeit ausgeschlossen, etwas zu leisten. Sicher: Wirtschaftlichen Aufschwung gibt es auch in Brandenburg; die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt – jedoch vor allem durch Teilzeit- bzw. befristete Zeitarbeitsverhältnisse, oftmals nicht Existenz sichernd. Und an den Langzeitarbeitslosen geht der Aufschwung nach wie vor vorbei. So stieg der Anteil von Arbeitslosengeld-II-Empfängern ist gegenüber den Arbeitslosengeld-I-Empfängern weiter an.

Politik muss sich der akuten Probleme annehmen und darf nicht nur den Stillstand verwalten. Die seit 1999 im Amt befindliche Koalition erzeugt kaum noch Entwicklungsimpulse. Probleme wurden häufig zu spät erkannt, die demografische Entwicklung einfach nur nachvollzogen, finanzielle Spielräume durch fehlgeschlagene Großprojekte verspielt. Mit den Kommunen liegt die Koalition im Dauerstreit, auch vor Gericht. SPD und CDU müssen sich immer öfter mühen, die Risse in ihrem Regierungsbündnis notdürftig zu kitten. Dennoch bleibt die Koalition brüchig und ihre Arbeitsfähigkeit eingeschränkt. Notwendige Entscheidungen werden vertagt (wie die zukünftige Energiestrategie) oder man rennt ihnen in letzter Minute hinterher, wie bei der BUGA. Die nächsten Untiefen für die Koalition sind bereits absehbar, wie die fast einjährige Diskussion um das Mittelstandsfördergesetz zeigt.

So kann Brandenburg seine Zukunft nicht gewinnen. Ein Politikwechsel und ein Landesumbau sind nötig: eine ausgewogene Regionalentwicklung etwa, eine moderne Bildungspolitik, eine verantwortungsbewusste Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge, eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung und Entwicklungsperspektiven auch über die Landesgrenzen hinaus. Ohne eine integrative Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird es nicht gehen.

In der bislang gut einjährigen Leitbild-Debatte haben wir eine Menge gelernt. Wir sind überall im Land gewesen – und haben einerseits gespürt, wie unterschiedlich sich die Regionen entwickeln, wie weit die Schere auseinander geht. Die eine schlagen sich mit z. B. mit der Frage herum, wie sie ihre Schulstandorte erhalten, wie man die weniger werdenden

Kinder angemessen versorgt und ihnen immer längere Schulwege erspart. Bei den anderen plätzen die Schulen aus allen Nähten – vor Jahren geschlossene Gebäude müssen wieder nutzbar gemacht, neue Schulen gebaut werden. Oder endlich ein vernünftiges Miteinander auch in dieser Frage mit Berlin gefunden werden.

Andererseits sind wir überall auf heimatverbundene, engagierte Menschen gestoßen – auf Menschen, die etwas für ihre Regionen tun, sie nicht verlassen und sie auch für andere (wieder) attraktiv machen wollen. Viel zu oft aber sind ihnen die Hände gebunden. Nicht nur durch ihre persönliche Lebenssituation, weil sie etwa als Hartz-IV-Empfänger oder Berufspendler mit weiten Arbeitswegen viel zu wenig Kraft haben, sich so einzubringen, wie sie eigentlich gern möchten. Nein, wir haben auch festgestellt, dass die Regionen selbst viel zu wenig Kompetenzen und auch Mittel haben, um ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und auch einmal neue, besonders für sie zugeschnittene Wege zu gehen – seien es die jetzigen Landkreise, größere traditionelle Kulturlandschaften, Nachbarstädte und ihr Umland oder sich auf Grund von neuen gemeinsamen Interessenlagen – etwa den Zuzug aus Berlin oder spezifische Wirtschafts- und Lebensbedingungen wie etwa im Zusammenhang mit dem BBI – neue findende und definierende Regionen. Und fast überall wurde – über die eben sehr unterschiedlichen Entwicklungstendenzen hinweg – deutlich: Potsdam, die derzeitige Landespolitik, lässt zu wenig Raum, zu wenig Luft zum Atmen.

Wir wollen das ändern und haben dafür Überlegungen vorgestellt, Vorschläge gemacht. Damit verband sich für uns eine nächste Erfahrung: Zwar wird sehr wohl auf Veränderungen gedrängt, gehofft und gewartet – wenn es denn aber konkret wird, schlagen sehr schnell die bisherigen Erfahrungen durch. Und die besagen: Veränderungen, die von der Landespolitik kommen, sind in der Regel Verschlechterungen. Und Verschlechterungen will niemand mehr, kann auch niemand mehr hinnehmen.

Als Schlüsselfrage stellte sich heraus: Der Staat darf sich nicht weiter aus der Fläche zurückziehen, die öffentliche Daseinsvorsorge muss sozial verantwortungsbewusst modernisiert und reorganisiert werden. „Kontrollierte Verwilderung“ oder eine politisch (etwa durch „Wegzugsprämien“) auch noch forcierte Abwanderung – das kommt für uns nicht in Frage. Nein, unser Hauptkriterium für die öffentliche Daseinsvorsorge ist der gleichberechtigte und kostengünstige Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen, die in hoher Qualität flächendeckend, verlässlich und dauerhaft vorzuhalten sind. Wie das im einzelnen aussieht, wird sich im hoch verdichteten Berliner Speckgürtel von dünn besiedelten, weitläufigen Regionen unterscheiden. Deswegen sagen wir: Unterschiedliche Regionen brauchen maßgeschneiderte Konzepte, die auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen abgestimmt sind. Und solche Konzepte entstehen eben am Besten in den Regionen selbst. Aber den Regionen, den engagierten Bürgerinnen und Bürgern dort mehr Kompetenzen zu überlassen ist etwas ganz anderes, als sie allein zu lassen.

Bislang fehlte es in der brandenburgischen Landespolitik am politischen Willen zu einer entsprechenden Zuteilung der Ressourcen und Kompetenzen. Doch ohne eine landesweite Verteilung von starken Zentren, die als wirtschaftliche Lokomotiven, öffentliche Dienstleister, kulturelle Mittelpunkte und soziale Versorger für ihre Regionen dienen, wird es in Brandenburg nicht gehen. Durch konsequente Prioritätensetzungen in der Landesplanung und Förderpolitik sowie bei öffentlichen Investitionen und Funktionsansiedlungen, so will es unser Leitbild, sollen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der zentralen Orte in den Regionen wieder gestärkt werden.

Städte müssen und können Versorgungsfunktionen für das Umland übernehmen und sollen dementsprechend auch vom Umland unterstützt werden. Für einen solchen Ausbau der interkommunalen Kooperation wollen wir die notwendigen administrativen und

landesplanerischen Voraussetzungen schaffen. „Städte stärken“ – das ist ein sinnvoller Weg, um den Rückzug öffentlicher Institutionen aus Teilen des Landes zu verhindern.

Doch wir haben die Debatte nicht auf eine Beratungstätigkeit für das Ministerium für Raumordnung eingeeengt. Im Gegenteil. Immer wieder wurde klar: Nötig ist ein integrativer, ressortübergreifender Politikansatz. Nötig ist die Verzahnung von Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik, ländlicher Entwicklung und Arbeitsmarktpolitik – nur so sind die vorhandenen Möglichkeiten maximal im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen und auch Standortvoraussetzungen wie die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu sichern. Wir wissen: Zwei Dinge müssen miteinander verbunden werden – einerseits eine wirksame Substanzpflege der bestehenden, oft kleinteiligen und noch eigenkapitalschwachen Unternehmensstruktur, andererseits die entschlossener Aktivierung vorhandener Zukunftspotenziale. Hier heißt es, innovative Branchen, tragfähige Netzwerke und grenzüberschreitende Kooperation wirksam zu fördern. Neue Chancen werden vor allem in neuen Industrien entstehen. Die Förderinstrumente müssen den sektoralen und regionalen Bedingungen angepasst werden – umgekehrt bringt es nichts.

Das scheint manchmal leichter gesagt als getan. Stichwort: Braunkohle. Was für eine lange, prägende Tradition und wie viele Arbeitsplätze hängen daran! Und dennoch brachte unsere Energiekonferenz gerade in der Lausitz einen breiten Konsens für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung. Denn wir alle wissen nicht nur um den erheblichen Landschaftsverbrauch für die Braunkohle – heutzutage ist auch fast allen klar, welche Gefahren von dem bei der Braunkohlen-Verbrennung frei werdenden Kohlendioxid für das Klima und welche Gefahren vom Klimawandel für die Menschen ausgehen. Natürlich kann die Alternative nicht heißen: endlos weiter so – oder ein abrupter Ausstieg aus der Braunkohle. Kluge Übergangsstrategien müssen stattdessen die Umweltverträglichkeit der Braunkohleverstromung verbessern und zugleich wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Zeit nach der Braunkohle eröffnen.

In unserem Leitbild setzen wir perspektivisch auf einen ökologischen Mix aus Wind, Bioenergie, Geothermie und Solarenergie. Brandenburg hat dafür gute Karten: Unser Land ist einer der führenden Hersteller von Biokraftstoffen in ganz Europa; hier gibt es wichtige Zentren der Produktion von Solaranlagen. Und die Uckermark kann schon Elektroenergie aus Windkraft exportieren – sie produziert fünfmal so viel Strom wie sie selbst verbraucht.

So zeigt sich: Wir müssen den Wandel nicht fürchten. Wenn wir es klug anstellen, können alle Regionen unseres Landes Gewinner einer sozialen und ökologischen Modernisierung sein. Freilich nicht, wenn sie sich selbst überlassen bleiben, wenn sie allein gelassen werden. Die PDS war in Brandenburg eine der verfassunggebenden Parteien. Deswegen wissen und beherzigen wird, dass Grundrechte und Staatsziele wie Strukturförderung, soziale Sicherung, Wohnung und Arbeit im ganzen Land gelten. Die wichtigen Aufgaben für Brandenburg liegen gewiss immer noch vor uns – aber wir, die LINKE, sind jetzt besser dafür gerüstet.

Maria Strauß, Landesgeschäftsführerin

„Von der innerparteilichen Debatte zur Straßenaktion“ zu Erfolg und Misserfolg des methodischen Ansatzes

Der Duden beschreibt den Dialog als ein „Gespräch, das zwischen zwei Gruppierungen geführt wird, um sich und die gegenseitigen Standpunkte kennen zu lernen“. Mit genau diesem methodischen Ansatz haben wir mit unserer Kampagne „Dialog für ein Brandenburg der Regionen“ in der PDS bzw. in der Linkspartei Neuland betreten. Und so war es denn für den ein oder anderen Genossen auch zunächst gewöhnungsbedürftig, dass ein von der Landtagsfraktion vorgelegtes Papier Gegenstand eines Diskussionsprozesses sein sollte, bei dem Änderungsvorschläge ausdrücklich erwünscht waren. Wichtigste Voraussetzung für das Gelingen unseres Vorhabens war daher die Bereitschaft aller Beteiligten, sich auf einen solchen Dialog einzulassen. Sie war in unterschiedlichem Maße ausgeprägt und ebenso unterschiedlich zeigten sich auch die Erfolge unserer Kampagne.

Als größten Erfolg sehe ich es an, dass es uns gelungen ist, den Landesverband der Partei trotz des teilweise anstrengenden Parteineubildungsprozesses für eine thematische Diskussion zu mobilisieren. Es ist uns gelungen, dass nahezu jedes Mitglied in den vergangenen zwei Jahren mindestens einmal von unserer Leitbild-Kampagne erfahren haben dürfte. Es ist uns gelungen, uns gemeinsam mit allen Kreisverbänden auf diesen thematischen Schwerpunkt zu konzentrieren und es ist uns gelungen, eine neue Qualität der inhaltlichen Zusammenarbeit von Landtagsfraktion und Landesverband zu erreichen.

Neben diesen innerparteilich wichtigen Erfolgen ging es uns mit der Kampagne jedoch auch um einen Dialog mit Experten und Multiplikatoren der Gesellschaft über unsere Politikvorstellungen und um den Start einer öffentlichen Debatte über die Zukunft Brandenburgs über politische und wissenschaftliche Kreise hinaus und damit natürlich auch um die öffentliche Wahrnehmung unserer Standpunkte, unserer Politiker und der Partei als Ganzes. All dies ist uns in unterschiedlichem Maße gelungen. Eine kurze, kritische Bilanz scheint angebracht, auch weil der Grad unseres Erfolges bzw. Misserfolges deutlich Defizite aufzeigt, aus denen es Schlussfolgerungen zu ziehen gilt.

Neue Qualität innerparteilicher Demokratie

Transparenz, Mitbestimmung und innerparteiliche Demokratie sind in der Linkspartei von jeher hohe Werte. Oft fordern Mitglieder von den Vorständen aller Ebenen mehr davon ein als manchmal möglich ist. Unsere DIALOG-Kampagne hat jedoch gezeigt, dass mit - zugegebenermaßen – etwas mehr Aufwand oft mehr innerparteiliche Teilhabe für die Mitglieder machbar ist.

Ein Beispiel waren unsere Parteitage. Üblicherweise erschöpfen sich Parteitage darin, dass ein durch einen Vorstand eingebrachter Leitantrag in einer Generaldebatte diskutiert und durch Änderungsanträge verbessert wird. Gerade die Debatten wurden all zu oft wenig zur Diskussion des eigentlichen Antrags genutzt.

Mit unseren beiden Parteitag zum Leitbild haben wir dies geändert. Wir haben erstmals einen Parteitag als Diskussionsforum gestaltet und beispielsweise beim Cottbuser Parteitag zu fünf Themenkomplexen aus dem Leitbild jeweils eine Stunde mit Experten diskutiert. Damit haben wir als Brandenburger Linkspartei Maßstäbe gesetzt, was uns auch der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic bescheinigte, nachdem wir mit ihm auf einem weiteren Parteitag zum Thema Rechtsstaatlichkeit diskutierten. Nach der Diskussion bescheinigte er uns, er habe selten eine so niveauvolle Debatte zu diesem Thema erlebt.

Zum Erfolg dieses Konzeptes hat aber auch die gute Vorbereitung aller Beteiligten beigetragen. So gab es bereits im Vorfeld für alle Delegierten Thesenpapiere, die mit durchaus provokanten Aussagen Lust auf eine Diskussion machten.

Einen ähnlichen Ansatz haben wir mit Regionalkonferenzen zum Leitbild verfolgt. Hier wollten wir die Diskussion über den Kreis der Parteitagsdelegierten hinaus in die Breite der Partei tragen. Auch hier erwiesen sich die Veranstaltungen als besonders fruchtbar, die konsequent Dialog orientiert vorbereitet wurden. Dazu zählte die räumliche Situation und Atmosphäre ebenso wie die thematische Vorbereitung. Die Konferenzen, bei denen sich die Kreisverbände im Vorfeld für strittige Themen aus dem Leitbild entschieden hatten, verliefen naturgemäß spannender, als die, bei denen „übliche“ linke Themengebiete diskutiert wurden.

Aber auch Fehlschläge mussten wir hinnehmen. So hat ein Brief an alle Mitglieder der Partei im Winter 2006 nicht den erhofften Grad der Resonanz gezeigt. Auch die persönliche Ansprache unserer Bürgermeister und Kommunalpolitiker hat kaum Erfolge gebracht. Hier bleibt zu überlegen, wie gerade diese Genossinnen und Genossen, die in der Kommunalpolitik für uns sehr dicht an den Bürgerinnen und Bürgern dran sind auch in unsere programmatische Arbeit einbezogen werden können.

Gelungen ist uns hingegen erstmals die Einbeziehung des Sachverständigen der Arbeits- und Interessengemeinschaften unserer Partei. So hat sich beispielsweise die AG Umwelt mit einer gut vorbereiteten Energiepolitischen Konferenz auf einem wichtigen Politikfeld eingebracht und hat damit zur Qualifizierung des Leitbildes einen großen Beitrag geleistet. Auch hier hat es sich gelohnt, ein kontroverses Thema, die Zukunft der Braunkohle im Land Brandenburg, offensiv anzugehen. Dies hat nicht nur intern mobilisiert sich an der Debatte zu beteiligen. Aber auch andere Zusammenschlüsse der Partei haben sich mit eigenen Beiträgen in die Diskussion eingebracht, seien es die Überlegungen der AG Geschichte, die Diskussionen der AG Behindertenpolitik oder die Veranstaltungen der AG Schule.

Der innerparteiliche Erfolg der Kampagne ist aber auch der Arbeit der Landtagsfraktion und ihrer Abgeordneten zu verdanken. Auch sie haben sich in ihren Wahlkreisen in unterschiedlichster Form der Diskussion gestellt – sei es in Versammlungen der Basis, auf Kreisparteitagen, in öffentlichen Diskussionsrunden mit Kommunalpolitikern oder an Infoständen. Maßgeblich zum Erfolg beigetragen hat jedoch vor allem die Entscheidung der Fraktion, das Jahr 2007 zum Jahr des Dialogs zu machen, d.h. sich trotz jeweils eigener thematischer Interessen immer auf dieses eine Thema, die Diskussion des Leitbildes, zu konzentrieren.

Dialog mit Multiplikatoren der Gesellschaft

Gerade auch dem Wirken der Landtagsfraktion ist es zu verdanken, dass es uns zu einem guten Teil gelungen ist, das Leitbild auch mit Expertenkreisen außerhalb unserer Partei zu diskutieren. Als Erfolg darf gewertet werden, dass man DIE LINKE bei der Suche nach Alternativen zur gegenwärtigen Regierungspolitik durchaus als ernsthafte Alternative wahrnimmt.

Aber auch hier hat sich gezeigt, eine solche Debatte wird nur zum Erfolg, wenn wir ernsthaft am Dialog interessiert sind und bereit sind, die Argumente unserer Gesprächspartner ernst zu nehmen. So konnten wir die Teilkampagne zum Sozialticket auch deshalb so schnell zum Erfolg führen, weil es gelungen ist, ein breites Bündnis von den Gewerkschaften bis zu den Umweltverbänden für das Anliegen zu bilden. So haben wir bei den Kirchen Zuspruch mit unseren energiepolitischen Vorstellungen gefunden, weil wir auch bereit waren, über die

Konsequenzen für die Lausitz nachzudenken, wenn der Braunkohleabbau dort irgendwann einmal keine Arbeit mehr bieten kann.

Und noch eines hat sich gezeigt, ein Dialog mit Experten braucht gewissenhafte Vorbereitung. So haben wir mit den Fachkonferenzen unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Jene zum Regionenbegriff war beispielsweise auch daher so erfolgreich, weil sie durch ein provokantes Thesenpapier gut vorbereitet war. Bei anderen Themen – wie z.B. der Konferenz zur Daseinsvorsorge – haben wir leider Potentiale verschenkt. Gerade aber wenn ein solcher Dialog auch dazu beitragen soll, das Ansehen der Partei in Expertenkreisen zu erhöhen, wenn wir mit solchen Gesprächen die klugen Köpfe in diesem Land für uns als Partei gewinnen wollen, dann müssen wir ihnen auch eine spannende Debatte ohne Allgemeinplätze bieten.

Im Dialog mit gesellschaftlich relevanten Gruppen haben wir also Teilerfolge erreicht. Wir haben dazu beigetragen, DIE LINKE als ernstzunehmende Alternative zur Landesregierung zu profilieren. Davon zeugen nicht nur etliche Medienkommentare, sondern auch ein auffälliger Mitgliederzuwachs bei Akademikern. Zugleich haben wir noch immer genau da Potentiale, wo engagierte politisch denkende Menschen in diesem Land von der herrschenden Politik enttäuscht sind. Wir haben mit unserem Leitbild eine Chance sie zu erreichen, wir müssen aber auf sie zugehen.

Start einer öffentlichen Debatte

Die Kampagne hat uns aber auch gezeigt, wo unsere Schwächen sind. Und die sind vor allem mit Blick auf die kommenden Wahlen bedenklich. Es ist uns zwar erstmals gelungen, das Thema Landesentwicklung in den Medien immer wieder neu auf die Tagesordnung zu rufen, es ist uns zwar gelungen, bei den Journalisten zu verankern, dass wir zu dem Thema durchaus substantielle Beiträge liefern können und es ist uns auch gelungen unser Spitzenpersonal mit dem Thema öffentlich zu profilieren. Es ist uns aber nicht gelungen, das Thema auf die „Straße zu tragen“.

Obwohl wir zu Beginn der Kampagne in begleitenden Workshops zu den Regionalkonferenzen Aktionsideen entwickelt haben, obwohl es seitens des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion Flyer und Materialien zu allen Schwerpunktthemen gab, ist es nicht gelungen, die Debatte in öffentliche Aktionen umzusetzen. Lediglich die integrieren Volksinitiativen entfaltet Wirkung in der Öffentlichkeit.

Offensichtlich ist es nicht gelungen, das komplexe Thema auf Probleme vor Ort herunter zu brechen. Das ist verständlich. Bedenklich ist jedoch, dass wir uns mehr und mehr vor dem Aufwand scheuen, der mit Straßenaktionen verbunden wäre, die vom üblichen Infostand abweichen. Ideen und Anregungen sind auf den Regionalkonferenzen umfänglich vorgestellt worden, umgesetzt wurden sie nicht. Wenn wir aber in kommenden Wahlen punkten wollen, wenn wir Politik verdrossene Bürgerinnen und Bürger wieder aktivieren wollen, dann müssen wir neue Wege gehen. Wir dürfen nicht nur innerparteilich keine Kosten und Mühe scheuen, Demokratie und Transparenz zu leben, wir müssen auch auf der Straße wieder als Partei erlebbar sein, bei der es Spaß macht, sich einzubringen.

Es begann vor zwei Jahren: Die Spitze der sich gerade formierenden Fraktion DIE LINKE im Landtag entschied sich, ein programmatisches Papier für ihre künftige Politik zu formulieren. Ein Leitbild sollte entworfen werden. Dies war auch Ausdruck des festen Willens der LINKEN, im Land eine gestaltende politische Kraft zu sein, und dies nicht nur als Opposition. Der politischen Kleinarbeit sollte eine Vision zur Seite - besser vorangestellt - werden. Das macht sicherlich die tägliche politische Arbeit nicht einfacher, aber sie gibt der Fraktionsarbeit einen tieferen Atem - und den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes mehr Klarheit, was wir für Brandenburg wollen, wofür wir langfristig stehen. Nicht zuletzt sah der Landesverband in der Diskussion die Hoffnung, auch in den Dialog mit neuen Partnern im Land zu kommen. Ziel war es, mit einer politisch interessierten Öffentlichkeit ins Gespräch zu kommen und so auch neue Bevölkerungsschichten als Sympathisanten, Wähler oder gar Mitglieder zu gewinnen. In unterschiedlichem Maße ist dies gelungen.

Schon die Vorstellung des Leitbild-Entwurfes im Oktober 2006 war in dieser Hinsicht erfolgreich. Die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser stellte das Leitbild der Fraktion den Journalisten vor. Anschließend wurde es an zahlreiche Multiplikatoren der Brandenburger Gesellschaft verschickt. Damit war die Bitte verbunden, über das Papier mit dem programmatischen Titel „Unsre Heimat - Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ ins Gespräch zu kommen. Dieser Dialog-Ansatz war wegweisend für die gut zwei Jahre währende produktive Debatte in der Partei und darüber hinaus.

Der Entwurf wurde zusammen mit den beiden Politikberatungen BABELconsult und Wallraf&Partner erarbeitet. Der Dialog zwischen den Mitgliedern der Fraktion und den Politikberatern, die bereits vorher für die Fraktion Studien erstellt hatten, war nicht einfach: wissenschaftliche Expertise stand Erfahrungen aus dem politischen Alltagsgeschäft gegenüber; strategische Überlegungen kreuzten sich mit kurzfristigen pragmatischen Politikerfordernissen. Heraus kam ein Papier, das in der Öffentlichkeit und den Medien auf mehr als nur Interesse stieß; die Resonanz war durchgehend positiv.

Danach ging es in einen innerparteilichen Diskussionsprozess, bei dem immer auch über die Grenzen der Partei hinausgegangen wurde. Dafür stehen fünf Regionalkonferenzen und vier Fachkonferenzen. Parallel fanden zahlreiche Gespräche mit Parteimitgliedern und kommunalen Mandatsträgern, Bürgermeistern und Landräten sowie Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften und Medien statt. Hier wurde über das Leitbild der Fraktion diskutiert, kommentiert, ergänzt und kritisiert. Der Grundtenor war jedoch zustimmend – dies vor allem mit Blick auf das Berlinfixierte „Metropolenleitbild“ der Landesregierung

Den Auftakt der Debatte bildeten die **Regionalgespräche** mit vorrangig „partei-fremden“ Vertretern der Regionalen Planungsgemeinschaft. Diskutiert wurde in Neuruppin, Spremberg, Potsdam und Frankfurt/Oder. Wie waren die Meinungen in diesen Debatten? Das Spektrum reichte von „typisches Oppositionspapier – es zeigt Visionen, aber keinen Weg aus den Problemen“, über die Warnung, nicht alles ins Leitbild reinzupacken“ und „den Text lesbar zu lassen“ bis zur Forderung, das Leitbild provokanter zu formulieren. Positiv wurde angemerkt, dass unser „Leitbild der realen Situation im Land sehr nahe kommt; die Finanzierbarkeit sei beachtet und die demografische Entwicklung mitgedacht“. Zugleich bemängelte man die Unschärfe solcher Begriffe wie Region und öffentlicher Daseinsvorsorge, und die Frage nach der Funktionalreform stand oft – ungeklärt – im Raum.

Wozu jetzt ein Leitbild, so wurde im Frühjahr 2007 oft in Versammlungen gefragt? Die nächsten Wahlen seien weit weg „und was machen wir mit dieser abstrakten und viel zu dicken Broschüre“ fragte eine junge Frau aus Fürstenwalde? Ein älterer Genosse schob die Frage hinterher: Was ist das überhaupt, ein Leitbild? Für die einen ist es eine Art von Parteiprogramm, und sie vermissen die klare Aussage zur sozialistischen Perspektive; für andere ist es eher ein Wahlprogramm und sie suchen nach konkreten Projekten und eingängigen Slogans. Ja und dann gibt es solche, vor allem in der Presse, die darin ein linkes Regierungsprogramm sehen.

Sicherlich ist das Papier von allem etwas. Es wurde nahezu überall begrüßt, dass der Landesverband Brandenburg langfristige Überlegungen anstellt, wie Brandenburg, Unsr Heimat, in Zeiten von Globalisierung, sozialen und industriellen Umbrüchen sowie neuen ökologischen Anforderungen gestaltet werden kann. Dies thematisierten auch die **Regionalkonferenzen** in Fürstenwalde, Luckau, Neuruppin, Eberswalde und Brandenburg an der Havel im April 2007, die vorrangig der innerparteilichen Debatte dienten, dabei aber über die üblichen Diskussionsgruppen hinaus gingen. In den Debatten fand der Leitbildentwurf breite Zustimmung. Er formuliert einen Gestaltungsanspruch für eine aktive Landespolitik, die sich von der heutigen Regierung deutlich unterscheidet. Die LINKE ist damit auf dem richtigen Weg, das ist Konsens. Politische Inhalte, Struktur und auch der Stil des Papiers stimmen. Der zentrale Begriff des Leitbilds – die Teilhabe – fand Akzeptanz. Es bleibt jedoch weiterhin eine Herausforderung, diesen Begriff als die Idee des Leitbildes so zu konkretisieren, so dass er die Öffentlichkeit mobilisiert. Nicht zu vergessen ist die Sprache des Papiers; dazu gab es viel Lob, auch in den – uns oft nicht wohl gesonnenen – Medien.

In den Konferenzen wurde heftig debattiert – nicht immer über das Leitbild, aber zu den Themen, die auf den Nägeln brennen und die, in der einen oder anderen Form – auch im Leitbild stehen. Brandenburger begaben sich gemeinsam auf die Suche nach alternativen Antworten, sei es zur neoliberalen Politik der Landesregierung oder zur gegenwärtigen Gesellschaft. Gemeinsam sind ihnen die Ablehnung des Metropolenleitbildes der rot-schwarzen Landesregierung und die Suche nach konkreten Alternativen für ihre Regionen. Bildung und Braunkohle, Erziehung und Energie, Geschichte und Genmais sowie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit waren einige der Themen in den Diskussionen. Heftig umstritten waren Fragen wie Ökologie, erneuerbare Energie und die Perspektive des ländlichen Raums. Gewiss, der alte Fontane hätte da von weiten Feldern gesprochen, und das war es auch.

Veränderungen von Passagen wurden gefordert und Kritiken an einzelnen Aussagen waren natürlich auch zu hören. Diese betrafen die Frage nach den politischen Alleinstellungsmerkmalen der Linken. Diese sollten prägnanter herausgearbeitet werden. Kritische Einwürfe gab es zum „nur schwammig“ formulierten Gesellschaftsmodell und zur Behandlung der DDR-Geschichte; interessanterweise aber nicht zu den Passagen über Preußen. Das Papier wurde von einigen als zu lang empfunden worden und sie schlugen Kürzungen vor. Nicht jedes Problem sollte in das Leitbild aufgenommen werden. Andererseits gab es immer wieder Vorschläge, weitere Themen ins Papier zu nehmen, z.B. stärker den Rechtsradikalismus zu berücksichtigen. Manche Diskutanten wünschten sich einen optimistischeren Grundtenor, der den wirtschaftlichen und technologischen Wandel in erster Linie als Chance für Erneuerung begreift und Lust auf Veränderung weckt.

Breite Unterstützung fanden die Aussagen zur Selbstbestimmung der Regionen, zur Bildung, zur Stärkung der Kommunen sowie zum bürgerschaftlichem Engagement - und dies weit über die Parteigrenzen hinaus. EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Zusammenarbeit mit Polen

kamen – nicht zuletzt mit Blick auf die Erweiterung von „Schengenland“ – bei den internationalen Themen hinzu.

Den größten Beitrag zum Dialog mit externen Partnern und zur inhaltlichen Präzisierung leisteten die vier **Fachkonferenzen**. Den Auftakt machte die Konferenz zum Thema „Regionen in Brandenburg“. Was macht eine Region aus? Welche Regionen gibt es überhaupt in Brandenburg? Und wie sollten sie organisiert werden? Diese Fragen hatten bereits die Debatte auf den Regionalkonferenzen mitbestimmt. So war die Fachkonferenz dazu mit Interesse aufgenommen worden. Zu den Gästen zählten nicht nur Wissenschaftler und Vertreter des Infrastruktur-Ministeriums, sondern auch Bürgermeister, Raumplaner und Abgeordnete unterschiedlichster Ebenen. Auch Gäste aus anderen Bundesländern zeigten ihr Interesse an der Diskussion in Brandenburg. Antworten auf die Regionen-Frage gab es daher viele, manchmal auch recht kontroverse. Einig war man sich jedoch darin, dass sich die Zukunft einer Region nicht dadurch definiere, wie weit entfernt sie von Berlin ist.

Die zweite Konferenz diskutierte Fragen der Wirtschaftsförderung, wie z.B. welche Schwerpunkte sollen gesetzt werden und welche Kriterien gibt es dafür? Im September 2007 war die öffentliche Daseinsvorsorge Thema einer Fachkonferenz und kurz danach debattierten Vertreter der LINKEN mit Fachleuten über die Energiepolitik in Brandenburg. Die Fachkonferenzen erweiterten sicherlich die Sicht auf die Dinge hier und heute; auch wenn nicht alle Überlegungen und Anregungen von Experten schlüssig oder gar umsetzbar waren. Viele Fragen wurden gestellt, nicht alle beantwortet. Die Ergebnisse der Fachkonferenzen kann man in den Dialog-Heften nachlesen, es lohnt sich. Zum Fazit der Konferenzen zählt aber nicht nur der inhaltliche Input für die Partei, sondern auch, dass es uns gelungen ist, unsere Vorstellungen in Expertenkreisen bekannt zu machen. Unsere Thesenpapiere wurde wahrgenommen, für diskussionswürdig und alternativ zum Regierungsprogramm von CDU und SPD befunden.

Auch wenn sich der wachsenden Zuspruch in diesen Bevölkerungsschichten nicht messen lässt, kann eingeschätzt werden, dass es gelungen sein dürfte, das Ansehen der Partei in diesen Kreisen zu stärken. Hervorzuheben ist vor allem, dass es uns gelungen ist, über die Leitbild-Debatte Mitstreiter für verschiedene Volksinitiativen zu gewinnen. Es ist gelungen, außerhalb unserer Partei eine Diskussion im Land über die Entwicklungsperspektiven Brandenburgs anzustoßen. So haben sich parteiübergreifend kritische Stimmen zu den Konzepten der Landesregierung gefunden – sicher auch ermutigt durch die von uns initiierte Debatte.

Nach den Diskussionen, die zugleich auch inhaltliche Impulse für die neue LINKE in Brandenburg geben, wurde das Leitbild im Herbst 2007 noch einmal gründlich überarbeitet. Es wurde ergänzt, konkretisiert und korrigiert. Die Debatten – die zeitnah auch im Internet auf der Homepage der Partei – www.dialog-fuer-brandenburg.de – nachgelesen werden konnten, wurden nun ausgewertet und im Sinne des Gesamtpapiers eingearbeitet. Es ging dabei nicht um das Abschleifen des Papiers, damit es stromlinienförmig wird und letztlich allen passt. Im Gegenteil! Mit Themen wie Mindestlohn, Ökologie und Daseinsvorsorge wurde das Profil geschärft und die Idee der Teilhabe konkreter gemacht. Ein Abschnitt zum Rechtsstaat kam hinzu, die Geschichte der DDR wurde differenzierter formuliert und das Verhältnis zu Berlin aktualisiert. Das Leitbild der Landtagsfraktion liegt nun vor. Sicherlich kann man immer wieder ergänzen, korrigieren und auch verbessern. Es ist ein solides strategisches Papier für die Linke hierzulande, das zur konkreten politischen Arbeit, im Landtag und in der Partei genutzt werden kann und soll. Mit diesem neuen Leitbild im Tornister kann sich Die LINKE

den kommenden politischen Herausforderungen selbstbewusst stellen - zunächst den Kommunalwahlen in diesem Jahr und dann den Landtagswahlen im Jahre 2009.

** Der Autor ist freier Mitarbeiter der Politikberatung BABELconsult.*

Reiner Strutz *

Das Leitbild der LINKEN für Brandenburg – im Spiegel der Medien

„Am Ende steht nicht, wie viel Papier wir verbraucht, sondern wie viel gesellschaftliche Diskussion wir ausgelöst haben“, bemerkte Gregor Gysi 2005 als neu gewählter Vorsitzender der heutigen Linksfraktion im Bundestag.

Diese Maxime gilt sicher auch für das Wirken der brandenburgischen LINKEN. Und so lässt sich an den Medienreaktionen auf den Entwurf ihres Leitbildes „Unsre Heimat ... Dialog für ein Brandenburg der Regionen“ erkennen, ob und wie der politische Gestaltungsanspruch der Partei DIE LINKE wahrgenommen wird. Vorliegende Einschätzung kann jedoch nur ein ungefähres Bild von der öffentlichen Wirkung der Leitbild-Diskussion zeichnen, da neben den regionalen und lokalen Printmedien, dem regionalen TV und Hörfunk und dem Internet vor allem die Verbreitung über persönliche Gespräche bzw. über gesellschaftliche Multiplikatoren von Bedeutung ist.

Zunächst zur Statistik: Von Oktober 2006 bis November 2007 erschienen in der Tagespresse mehr als 70 redaktionelle Beiträge, in denen inhaltlich oder anlassbezogen auf das Leitbild der LINKEN eingegangen wurde: in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, den Potsdamer Neuesten Nachrichten, der Märkischen Oderzeitung, der Berliner Zeitung, der Berliner Morgenpost sowie den überregionalen Tageszeitungen Tagesspiegel und Neues Deutschland. Darüber hinaus gab es Meldungen bzw. redaktionelle Berichterstattungen im RBB (TV und Hörfunk inklusive ihrer online-Angebote) zu einzelnen Veranstaltungen des Leitbild-Diskussionsprozesses.

Keines der wichtigsten brandenburgischen Medien hat sich der Berichterstattung verweigert. Und sie erfolgte weitgehend objektiv, interessiert und wohlwollend.

Dazu hat augenscheinlich beigetragen, dass das Leitbild-Projekt der LINKEN von Anfang an als Herausforderung an das von der Landesregierung verabschiedete „Leitbild Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg“ wahrgenommen wurde, da schon mit dem Titel „Dialog für ein Brandenburg der Regionen“ ein anderer Entwicklungsanspruch deutlich gemacht wurde. Somit war bereits nach Veröffentlichung des Entwurfes im Oktober 2006 eine Konkurrenzsituation mit der Landesregierung und insbesondere mit der sie tragenden Regierungspartei SPD gegeben. In den Bewertungen wurde von Anbeginn herausgestellt, dass es sich um einen Entwicklungsansatz für das Land handelt, der von der Zielstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen“ geprägt ist und „eine zukunftsfähige und sozial gerechte Antwort auf den radikalen Wandel der Lebensverhältnisse“ geben soll. Damit beschieden wichtige Medien dem Projekt einen realpolitischen Ansatz; einige qualifizierten es bereits als „heimliches Regierungsprogramm“ (während die Spitzenvertreter der Landespartei und Landtagsfraktion diese Ausdeutung zurückwiesen).

Der von der Landtagsfraktion der damaligen LINKSPARTEI.PDS erarbeitete und von einem Landesparteitag Ende Oktober 2006 beschlossene Entwurf wurde zunächst innerhalb des Landesverbandes auf mehreren Regionalkonferenzen bis Ende April 2007 diskutiert und parallel dazu wichtigen politischen Entscheidungsträgern, gesellschaftlichen Kräften und Spezialisten zur Information und Stellungnahme übermittelt.

Die Berichterstattung der Medien über die Regionalkonferenzen der Partei zum Leitbild-Entwurf war eher verhalten, vorwiegend auf den Lokalseiten der Ausgaben. Es wurde meist anlassbezogen kurz und sachlich dargestellt, ohne breitere Wiedergabe von Einzelheiten der Diskussionen. Vor allem waren zu diesem Zeitpunkt Fragen der bevorstehenden Fusion von LINKSPARTEI. PDS und WASG Gegenstand des Interesses.

Eine Zäsur stellt das Interview des TAGESSPIEGEL am 2.2.2007 mit der Fraktionsvorsitzenden Kerstin Kaiser dar, das angesichts krisenhafter Entwicklungen in der brandenburgischen CDU die Frage eines möglichen Regierungswechsels aufwarf. Kerstin Kaiser bestätigte die Absicht der Übernahme von Regierungsverantwortung für 2009, machte inhaltliche Bedingungen in Richtung SPD deutlich und verwies darauf, dass die Partei mit dem Leitbild wie auch ausgewiesenen Fachpolitikern „gut aufgestellt“ sei und, „wenn es sich ergibt, aus dem Stand mitregieren“ könne.

Das Ende März 2007 in Vorbereitung der sich anschließenden Fachkonferenzen vom Landesvorsitzenden Thomas Nord gemeinsam mit Thomas Falkner öffentlich vorgestellte Thesenpapier „Für ein Brandenburg der Regionen“ fand in den Medien ein beachtliches Interesse. Es wurde als „brisant“ angesichts der darin enthaltenen Überlegungen für eine Neuverteilung von Aufgaben zwischen Land, Kreisen und Gemeinden eingestuft. Während die brandenburgische CDU, FDP und die Grünen mit grundsätzlich ablehnenden Äußerungen wiedergegeben werden, berichten die Medien über „moderate Töne“ aus der SPD. Das Thesenpapier enthalte „viele Wahrheiten“, „die PDS wolle die eigenen Mitglieder an die Wirklichkeit in Brandenburg heranführen“ und den „Eindruck vermitteln, an der eigenen Regierungsfähigkeit zu arbeiten“, so SPD-Generalsekretär Klaus Ness. Bei der SPD überwiegt zu diesem Zeitpunkt jedoch noch die Tendenz, das Leitbild der LINKSPARTEI als unfertig hinzustellen, während die SPD ihr Leitbild „Metropolenregion Berlin – Brandenburg“ bereits umsetze. Dem gegenüber nehmen eine Reihe von Medien vor allem die alternativen Entwicklungs-Ansätze des LINKSPARTEI-Konzeptes wahr und stellen sie dem „Zentrale-Orte-Konzept“ der Landesregierung gegenüber. Der Gedanke, dass die Partei „starke, möglichst eigenständige Regionen mit einer eigenen Identität“ herausbilden wolle, findet Anerkennung wie auch, dass sie das Leitbild öffentlich mit den unterschiedlichsten Akteuren diskutieren will und offen für deren Anregungen ist.

Ministerpräsident Matthias Platzeck räumte in einem Interview mit SPIEGEL ONLINE am 17. Mai 2007 zum Verhältnis der SPD zur LINKSPARTEI ein, dass „diese seit 17 Jahren Hauptkonkurrent“ der SPD in Brandenburg sei, man sie ernst nehme und sich auch künftig mit ihr offensiv auseinandersetzen wolle.

LINKSPARTEI-Wirtschaftsexperte Ralf Christoffers erregte Anfang Juni 2007 mediales Interesse mit seinem Strategiepapier zum Umbau der Wirtschafts- und Förderpolitik in Brandenburg, insbesondere mit der Forderung nach einer Konzentration der Förderpolitik auf nur noch fünf Zukunftsbranchen. Hervorgehoben wurde u.a., dass die Vorschläge darauf abzielen, den Mittelstand in Brandenburg besser zu entwickeln. Die Medien werteten diese als weitere Untersetzung der Leitbild-Vorschläge der Partei wie auch als deutlichen Hinweis auf die zunehmende realpolitische Ausrichtung der brandenburgischen LINKSPARTEI.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen kommt u.a. der TAGESSPIEGEL am 9.6.2007 zu der Feststellung: „Es fällt auf, dass sich beide Konzepte inzwischen annähern. Die Regierung hat ihre Politik stärker auf die Randregionen ausgerichtet – die PDS-Opposition wieder mehr auf Berlin. ... Die PDS will, daraus macht die Spitze um Landeschef Thomas Nord und Fraktionschefin Kerstin Kaiser keinen Hehl, Regierungsfähigkeit demonstrieren.“

Dieser Grundtenor zieht sich seit Mitte 2007 durch die gesamte Berichterstattung zur Strategie und Politik von Landesverband und Fraktion der neu gegründeten Partei DIE LINKE in Brandenburg. Die Medien gehen zunehmend davon aus, dass Rot-Rot die

wahrscheinlichste Regierungsoption zu den Wahlen 2009 sein wird und beobachten vor allem, welche der beiden Parteien sich mit welchen Positionen durchsetzen kann.

Aufmerksam wird wahrgenommen, dass die LINKE gewillt ist, in einer künftigen Landesregierung Verantwortung zu übernehmen, sich für regierungsfähig hält, aber zugleich deutlich macht, „nicht um jeden Preis“ regieren zu wollen. „Ihre politischen Vorstellungen – das Leitbild der Regionen – ist eine Abkehr früherer Fundamental-Opposition und den schwierigen finanzpolitischen wie demografischen Bedingungen des Landes angepasst“, so der TAGESSPIEGEL am 8.9.2007.

Gleichzeitig wird von den Medien aufmerksam registriert, dass DIE LINKE in Brandenburg versucht, auf gleicher Augenhöhe mit der SPD zu agieren und gewillt ist, auch künftig unterschiedliche politische Positionen zu vertreten. Dazu hat nicht unwesentlich ihr Engagement in der Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ und in der Anfang Oktober gestarteten Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ beigetragen. Auch die mäßigende Reaktion der Partei in der hitzigen Debatte Ende September 2007 über das strittige Gutachten zur Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg (Stichwort: Wegzugsprämien) trug ihr Anerkennung bei.

Die Fachkonferenz zur Thematik Daseinsvorsorge Ende September 2007 in Potsdam offenbarte aus Mediensicht, dass DIE LINKE glaubwürdig nach konstruktiven Lösungen suche. So zitierte die LAUSITZER RUNDSCHAU am 22.9.2007 Kerstin Kaiser u.a. mit der Aussage, dass „es keine Patentrezepte gibt und auch die Linken Suchende sind.“

Die Klausur der Landtagsfraktion Ende Oktober 2007, und damit auch die weitere Diskussion zum Leitbild, fand eine angemessene inhaltliche Resonanz. Fazit der Berichterstattung war, dass DIE LINKE den ursprünglichen Entwurf um zahlreiche Änderungsvorschläge der gut einjährigen öffentlichen Diskussion erweitert habe und damit die grundlegenden inhaltlichen Positionen für die Kommunalwahlen 2008 und die Landtagswahlen 2009 vorlägen.

Das von Thomas Nord und Thomas Falkner Anfang November 2007 verfasste Papier zu möglichen vorgezogenen Neuwahlen in Brandenburg positionierte DIE LINKE als selbstbewusste und regierungsfähige Gestaltungsmacht. So titelte die LAUSITZER RUNDSCHAU am 2.11.2007: „Die Linkspartei denkt an vorgezogene Landtagswahlen“ und „Die Linke fühlt sich gerüstet.“

Über die Beschlussfassung der Landtagsfraktion der LINKEN zum Leitbild Ende November 2007 wurde in den brandenburgischen Printmedien breit berichtet. Zitate: „Die Linkspartei hat ein eigenes strategisches Leitbild für die Entwicklung des Landes in den nächsten Jahrzehnten vorgelegt. ... Die Linke formuliert mit Blick auf ein Rot-Rotes-Regierungsbündnis nach der nächsten Landtagswahl einen Gestaltungsanspruch und drängt auf eine tiefgreifende Reform des Staatswesens in Brandenburg.“ (TAGESSPIEGEL, 21.11.2007). „Die Linke präsentiert damit auch einen Gegenentwurf zur Politik der Landesregierung. ... Im Vergleich zur Politik der Ex-PDS in den 90er Jahren durchzieht dieses Leitbild wie ein roter Faden der pragmatische Politikansatz. ... Im Kern geht es den Linken um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse – mit der Betonung der regionalen Vielfalt.“ (MAZ, 21.11.2007).

Welche gestaltende Wirkung das Leitbild der brandenburgischen LINKEN entwickeln wird, muss sich noch zeigen. Gesellschaftliche Diskussion ausgelöst hat es allemal.

** Der Autor ist Geschäftsführer der TRIALON Marketing & Kommunikation GmbH, Berlin*

Die DIALOG-Kampagne zum Leitbild der Fraktion stellte den Landesverband vor neue Herausforderungen finanzieller Art. In jeder Hinsicht spiegelte die Finanzarbeit zur DIALOG-Kampagne die Bedeutung und den komplexen Charakter des Leitbildes wieder. Ein solches Vorhaben stemmt der Landesvorstand trotz der Konzentration aller Kräfte hierauf nicht aus dem allgemeinen Haushalt.

Die Überlegungen, wie die Kampagne trotzdem zu führen ist, begannen im Frühsommer 2006. Als bald wurde klar, dass der hohe inhaltliche Anspruch an die notwendige Debatte zum Leitbild der Fraktion einen finanziellen Aufwand notwendig machen würden, der höher als der gewöhnlicher Jahre sein würde.

Die Lösung entstand als Produkt einer Diskussion über den Zweck der Kampagne. Mit dem Debatte zum Leitbild und der DIALOG-Kampagne hatten wir uns für die Jahre 2006 bis Ende 2007/Anfang 2008 eine Aufgabe gestellt, die uns das mittel- bis langfristige politische Fundament geben sollte. Nur auf einer solchen Grundlage würden wir in der Lage sein, zielgerichtet die Kommunalwahlen 2008 und besonders die Landtagswahlen 2009 anzugehen.

Dieser Ansatz rechtfertigte nach unserer Überzeugung eine Verwendung von Mitteln aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die wir auf unser Landtagswahlergebnis erhalten, die sonst für Wahlkämpfe zurückgelegt werden. Einen Teilbetrag von 33.400,50 € (aus 163.400,50 € jährlich) verwendeten wir 2006 für die DIALOG-Kampagne. Außerdem konzentrierten wir die Ausgaben der politischen Arbeit des Landesvorstands auf die DIALOG-Kampagne, so dass dem Landesvorstand für die Kampagne insgesamt 50.000,00 € zur Verfügung standen. Daneben wurden weiter vielfältige Veranstaltungen des politischen Kalenders sowie die Parteineubildung zur LINKEN finanziell abgesichert. Die freien Mittel des Landesvorstands wurden allerdings vornehmlich für die diese Kampagne eingesetzt.

Dadurch waren wir in der Lage die Kampagne mit der erforderlichen Kraft und Schlagzahl in Gang zu setzen und zu führen. Mit der DIALOG-Kampagne haben wir uns auf kommende Wahlkämpfe vorbereitet. Ein Rückgriff auf für Wahlkämpfe angesparte Gelder war deshalb die richtige Entscheidung. Nur auch inhaltlich gut vorbereitete Wahlkämpfe werden erfolgreich sein. Dazu hat die Kampagne einen erheblichen Beitrag geleistet.

Die Höhe des eingesetzten Betrags haben wir an dem notwendigen Aufwand abgeschätzt. Der letztlich eingesetzte Betrag steht auch in einem vernünftigen Verhältnis zu den Kosten der letzten Wahlkämpfe. Im Bundestagswahlkampf 2005 hat der Landesvorstand ca. 330.000,00 € ausgegeben. Die DIALOG-Kampagne hat ca. 50.000,00 € gekostet. Für eine mittel- bis langfristige inhaltliche Ausgestaltung unserer politischen Positionen, die das Gerüst für die Wahlen bilden, ist das ein angemessener Anteil.

Das Geld haben wir in einem Mix eingesetzt. Selbstverständlich gab es klassische Kampagnematerialien, wie Foldermappen, Flyer, Broschüren et cetera. Der inhaltliche Anspruch an die Kampagne machte allerdings auch die Finanzierung neuer Aufgaben erforderlich. In einem ausführlichen Diskussionsprozess wurde der Gedanke geboren, den Debattenprozess durch eine Politikberatungsfirma begleiten zu lassen. Der Partner wurde in der Firma BABELconsult gefunden. Der Landesvorstand beauftragte BABELconsult mit Aufgaben zur fachlichen Unterstützung der innerparteilichen Diskussion über das Leitbild sowie zur Öffentlichkeitsarbeit. Dabei war BABELconsult mit der Erarbeitung von

Darstellungen des jeweils aktuellen Diskussions- und Problemstands sowie der Erarbeitung von fachlich-redaktionellen Vorschlägen zur Überwindung von Zielkonflikten und Reibungspunkten beauftragt. Außerdem wirkte BABELconsult bei der Gestaltung von Materialien der Öffentlichkeitsarbeit mit.

Damit verbunden war ein finanzieller Aufwand von ca. 9.300,00 € der somit ca. 19% der Gesamtkampagne ausmachte. Der inhaltlich notwendige Anspruch an die Kampagne, an das wissenschaftliche Begleiten der Diskussion im Landesverband und der Gesellschaft und die Schnittstelle zur Übersetzung der Debatte machte einen solchen Aufwand notwendig. Er ordnet sich zugleich angemessen in den Rahmen der Gesamtkampagne ein. Die Mitarbeiter von BABELconsult waren regelmäßige Teilnehmer an den Veranstaltungen der DIALOG-Kampagne und strukturierten anschließend die Debattergebnisse. Sie pflegten außerdem die Internetseiten von www.dialog-fuer-brandenburg.de.

Außerdem banden wir als strategischen Partner der Kampagne die Agentur trialon, die für das Kampagnenerscheinungsbild und seine durchgängige Einhaltung sorgte. Der Auftakt war das „Dialog“-Logo. Die Arbeit von trialon fand ihre Fortsetzung in der Gestaltung der Kampagnenmaterialien für die Parteitage, die Druckerzeugnisse und Weiteres.

Durch die professionellen Partner in inhaltlichen und gestalterischen Fragen gewann die Kampagne eine herausgehobene Stellung in der politischen Arbeit des Landesverbands in den letzten beiden Jahren.

Auftakt für die DIALOG-Kampagne war der Cottbusser Landesparteitag vom 28.10.2006. Dieser wurde entsprechend dem mit ihm verbundenen Anspruch ausgestaltet und auf einen Tag konzentriert. Die für Parteitage neue Form einer Diskussion der Delegierten unter Einbezug eines Podiums mit je einem Vertreter aus der Landtagsfraktion und einem parteiexternen Teilnehmer des Parteitags war außerordentlich erfolgreich. Die für den Parteitag gestalteten Materialien wurden in der Kampagne nachgenutzt.

Einen weiteren großen Schwerpunkt legten wir auf die Gestaltung des Internetauftritts. Die Schaffung der Plattform www.dialog-fuer-brandenburg.de erfolgte gleichzeitig mit dem neuen Internetauftritt des Landesverbands. Hier verknüpfte sich die notwendige Erneuerung des Internetauftritts des Landesverbands mit den Anforderungen der Kampagne. Der Landesverband setzte dabei auf das Layout des Parteivorstands und entwickelte aus diesem Corporate Design die Internetauftritte des Landesvorstands, der DIALOG-Kampagne sowie schrittweise auch der Kreis- und Ortsverbände. Die Kampagnenseite www.dialog-fuer-brandenburg.de wurde zugleich ein Einstiegspunkt für die interessierte Öffentlichkeit, der zum Weiterlesen animierte, wie auch ein Arbeitsmittel für die Protagonisten der Kampagne, weil dort alle Aktivitäten pointiert zusammengefasst und leicht aufzufinden sind. Hinsichtlich der Kosten des Internetauftritts ist allerdings kritisch deren schlechte Planung anzumerken. Der geschätzte Kostenansatz war mit 5.000,00 € zusammen für den Auftritt des Landesverbands und die Dialog-Seite viel zu niedrig gewählt. Neben der falschen Kostenschätzung ist aus wirtschaftlichen Gründen kritisch die Installierung des Leitbild-Wikis einzuschätzen. Dieses ist mit einem erheblichen Kostenanteil von 1.428,00 € zu Buche geschlagen. Wir schätzten ein Wiki (Internetdokument an dem jeder registrierte Nutzer eigene, dokumentierte Änderungen anbringen kann) als ein Instrument des gleichberechtigten und gleichwertigen Mitarbeitens für jedermann ein und verfolgten die Absicht hierüber die internetinteressierte Öffentlichkeit anzusprechen und zu beteiligen. Das Wiki ist aber zu keinem Zeitpunkt zu einer Säule in der Kampagne geworden. Dazu sind offenkundig die Nutzerzahlen auch viel zu gering.

Insgesamt ist der Internetauftritt des Landesverbands und der Kampagne attraktiv und auf der Höhe der Zeit, aber mit Wermutstropfen behaftet.

Im Fazit ist für die Finanzarbeit der Kampagne festzuhalten, dass die neue politische Qualität einer Kampagne dieses Umfangs sich auch in der Finanzarbeit ausgewirkt hat. Die Herausforderung kann als bewältigt gelten. Die finanziellen Entscheidungen haben sich als tragfähig erwiesen. Kurz: das Geld ist nicht verplempert worden. Es ist in die Politikfähigkeit des Landesverbands investiert worden. Ich bin zuversichtlich, daß es Rendite bei den kommenden Wahlen bringt.

Thomas Domres, Kreisvorsitzende der LINKEN Prignitz und MdL

„Ausblick – wie weiter mit dem Leitbild?“

über die weitere Nutzung des Erreichten im Kommunal- und Landtagswahlkampf

DIE LINKE. Kreisverband Prignitz wird im Wahlkampf aktiv mit den Ergebnissen der von der Landespartei geführten Leitbilddebatte arbeiten. Das ist von der Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes Prignitz am 27.10.2007 beschlossen. Das heißt, wir haben für die Erarbeitung der Kommunalwahlprogramme eine sehr gute Grundlage und auch aus diesem Grund wurde die Leitbilddebatte nicht umsonst geführt.

Für uns in der Prignitz zeigt das erarbeitete Leitbild, anders als das der Landesregierung, zukunftsfähige und sozial gerechte Antworten auf den radikalen Wandel der Lebensverhältnisse im Land und auf dem Lande auf und läßt Spielräume für eigene Ausgestaltungen zu.

Es zeigt neue Wege auf, wie die Herausforderungen durch technologische Innovation, wirtschaftlichen Umbruch, sozialen Wandel und demographische Veränderung genutzt werden können, um Lebensqualität und Lebenschancen für alle Menschen zu sichern und zu verbessern. Darauf kommt es an.

Das Leitbild formuliert unsere Anforderungen an eine verantwortungsvolle Politik, welche die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichert, die existentiellen Risiken für die Menschen eindämmt und die Lasten ebenso wie die Früchte des Wandels gerecht verteilt.

Das Leitbild zeigt auf, wie sich Brandenburg für soziale Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit einsetzen kann. Das sind ja auch die Probleme, die uns in der Prignitz umtreiben.

Neben der Frage, wie man für die Menschen Arbeit und Einkommen schaffen und sichern kann ist die Frage, wie Daseinsvorsorge gesichert werden kann für DIE LINKE. in der Prignitz von besonderer Bedeutung.

Um ein Beispiel zu nennen. Die Landesregierung hat scheinbar immer noch nicht begriffen, dass im Land unterschiedliche Bedingungen existieren.

Wenn man möchte, dass sich die Lebensbedingungen für Familien im ländlichen Raum nicht weiter verschlechtern, dann muss man eben gerade bei den Fragen der Daseinsvorsorge, zu denen auch die medizinische Versorgung gehört, andere Antworten finden als fantasielose Streichungen und Kürzungen. Es geht hier um die geplante Schließung der Geburtsstation in Pritzwalk. An den Entscheidungen zum Landeskrankenhausplan wird sich zeigen, wie kinder- und familienfreundlich diese Landesregierung in der Tat ist.

Unser Leitbild ist ein Leitbild für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg für ein Brandenburg der Regionen, in dem auch und gerade der ländliche Raum Platz hat und Platz findet.

Die Leitbilddebatte wurde auch in der Prignitz mit unterschiedlichem Erfolg geführt.

So hatten wir zum Thema Funktionalreform und Kreisgebietsreform/ Regionenbegriff eine sehr gut besuchte Veranstaltung und eine spannende Diskussion. Die Themen Arbeitsmarkt, insbesondere das Thema Arbeitgeberzusammenschlüsse, die Bildungspolitik und die Kommunalpolitik, insbesondere die interkommunale Zusammenarbeit, waren weitere Schwerpunkte unserer Leitbilddebatte. Dies werden auch die Kernthemen der Kommunalwahlprogramme sein.

Weiter hat sich DIE LINKE. Kreisverband Prignitz das Ziel gestellt, in den Wahlkämpfen die Themen soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Fragen des demographischen

Wandels und der daraus resultierenden Konsequenzen für die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen.

In der Zukunft wird es darum gehen, sowohl im Land als auch in den Kommunen aus diesem Leitbild heraus Projekte zu entwickeln und Alternativen erlebbar zu machen. Dies setzt aber sicher voraus, dass in der Mitgliedschaft, in den Fraktionen und in den Vorständen das Leitbild nicht in irgendeine Schubladen verschwindet.

Gegenüber den politischen Mitbewerbern ist das Leitbild ein Angebot, eine Standortbestimmung und eine ernst zu nehmende Positionierung der Partei.

Niemand kann mehr sagen, DIE LINKE. hätte keine Konzepte, verspricht jedem alles und hat keine Vorstellungen, wie es im Land weiter gehen soll. Jede und jeder kann es jetzt nachlesen und jede und jeder der die Diskussion nachverfolgen will, kann dies tun.

Für mich ist dieses Leitbild das Fundament für die Kommunalwahlprogramme und für das Landtagswahlprogramm, auf welchem die Partei weitere inhaltliche Angebote entwickeln kann und in die Gesellschaft hineinwirken kann. Auf die Frage nach dem wie weiter mit dem Leitbild sage ich: offene Frage weiter diskutieren, die Ideen und Vorschläge in Projekte überführen, nicht auf dem Erreichten ausruhen und die Alltagstauglichkeit unserer Vorschläge immer wieder unter Beweis stellen.